

**DIE FR\_AKTION.**

Hennef, 03.12.2018

## **Haushaltsrede 2019**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir kennen den Grund, warum niemand von meinen Vorrednern auf das „50 Jahre Hennef“- Jubiläum nächstes Jahr eingegangen ist. Es gibt nichts zu feiern!

Die Stadt der 100 Dörfer wird zur Stadt der 100 Millionen Euro Schulden.

### **Personal**

Der Ansatz der Personalkosten liegt in 2019 bei 38 Millionen Euro. Die Personalkosten haben sich im Zeitraum 2009 - 2013 jedes Jahr um jeweils eine Million Euro, im Zeitraum von 2014 - 2017 jedes Jahr jeweils um zwei Millionen Euro und in 2018 um vier Millionen Euro hochgeschraubt. Parallel dazu hatten wir in 2010 46.000 EW und in 2016 47.000 EW.

DIE LINKE. sieht dies als einzige Fraktion kritisch und hat sich der Stimme bei der Verabschiedung des Stellenplanes im Personalausschuss enthalten. Warum? Neben der Personalsteigerung, die notwendig ist, um immer wieder die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen (Kitas, OGS), gibt es Personal- und Stellenzuwächse in den letzten Jahren, die wir hinterfragen müssen (Stabsstellen, Steuerungsunterstützung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Klimaschutzmanagement usw.). Aber auch die Erledigung der Aufgaben spielt hierbei eine wichtige Rolle. Und die ist nicht nur in den letzten Jahren schlechter, nein, sie ist mittlerweile auch bedrohlich für die HenneferInnen geworden, wenn man das Baustellen- oder Verkehrsmanagement betrachtet. Dazu später mehr.

## **Ordnung und Sicherheit vs. soziale Angelegenheiten**

Uns ist beispielsweise aufgefallen, dass das Amt für soziale Angelegenheiten 18 Stellen und die Ordnungsverwaltung 49 Stellen ausweist (Personal- und Sachkosten in Höhe von ca. 200.000 Euro in 2019). Wir fordern hier für die nächsten Jahre eine kritische Betrachtung des gesamten Stellenplanes unter enger Beteiligung der politischen Vertretungen, verbunden mit einer Aufgabenkritik.

Wir haben mit den neugebildeten Ordnungsdienst – der ja als kostenintensiver Posten vom BM bei der Einbringung des Haushaltes genannt wurde – schon einmal angefangen. Am Anfang des Jahres haben wir einen Antrag im Hauptausschuss gestellt und ein Konzept gefordert. Sie – Herr BM – haben dem Ausschuss zugesagt, ein schlüssiges Konzept für den OD in den nächsten Monaten vorzustellen. Wo ist es? Warum lassen Sie die Hennefer Bürger im Regen stehen? Und Ihre MitarbeiterInnen? Und damit alle professionellen und ehrenamtlichen HelferInnen, die in das Thema Sicherheit einbezogen sind?

## **Keine Lobby für Kinder**

Uns ist die Sicherheit, die Gesundheit und Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig: der RadfahrerInnen, der mobilitätseingeschränkten Menschen und auch der ganz kleinen Henneferinnen und Hennefer. Keine Lobby und kein Freiraum für Hennefer Kinder im Zentrum! Die CDU-Verwaltung riskiert das Leben der Kinder, weil insbesondere die Bonner und Frankfurter Str. weiter „scharf“ gestellt bleiben und eindeutige und sichere Überwege nicht geschaffen werden. Auch im Baustellenmanagement wurden für alle VerkehrsteilnehmerInnen deutliche und gefährliche Schwächen erkennbar.

Im Abzweig der Bonner Str./Stoßdorferstr., der ein stark frequentierter Schulweg ist, sind immer noch keine verkehrssicheren Maßnahmen eingeleitet worden. Unser Antrag auf eine notwendige Beleuchtung am Allner Weg wurde abgelehnt.

Und die sogenannte Integration der SchülerInnenbeförderung in den öffentlichen Busverkehr – die CDU-Verwaltung hat den Eindruck im Ausschuss vermittelt, es wäre alles wunderbar geregelt – war eine einzige Katastrophe. Alle Beteiligten, BusfahrerInnen, Kinder, Eltern und LehrerInnen waren betroffen, und auch hier wird die Sicherheit der Kinder gefährdet.

Statt eines Hennefer Schirmchens des Kinderschutz-bundes müsste hier eine Anzeige wegen Kindeswohlgefährdung erstattet werden.

### **Weiter Stillstand**

Und bei der jetzt fast 50.000 EinwohnerInnen großen Stadt gibt es immer noch keine Bereitschaft, das Zentrum bürgerfreundlich und lebenswert umzugestalten. Unser Radwegekonzept wurde mehrheitlich abgelehnt – die Chance, eine bahnhofsnahe Radstation einzurichten, vertan.

Die Öffnungen zur Sieg bleiben verwehrt, Gastronomie schließt oder zieht sich zurück. Ladenlokale schließen oder stehen leer, BilliganbieterInnen stehen in den Startlöchern und die Leute im täglichen Autostau. KonsumentInnen werden Sie so nie gewinnen. Klappt nichts, kommt das vermeintliche Pech schnell dazu.

Horstmannsteg, Bahnübergänge/Bahnunterführungen, wirtschaftliche Entwicklung (Kleinfeldchen), weiterer Fluglärm, keine Entlastung der Verkehrssituationen usw.: Die Liste ist unvollständig.

### **Integratives Handlungskonzept/Wem gehört die Stadt?**

Die Begründung, warum die Stadt auf das langersehnte „Integrative Handlungskonzept“ für Zentral-Hennef verzichtet, hat noch nicht mal die übergeordnete Behörde verstanden – wahrscheinlich, um das Chaos in Hennef in eigener Verantwortung weiter führen zu können. Es hätten ja gute Ideen aus der Bürgerschaft entstehen können. Wer will das schon! Im Übrigen – Wir sind die einzige Fraktion, die gegen diesen Rückzug gestimmt haben!

Anders beim „Integrativen Handlungskonzept“ der Burg Blankenberg. Hier wurde ein Konzept mit den Betroffenen erarbeitet, mit dem Ziel, die Bedürfnisse der BlankenbergerInnen erfüllt zu bekommen. Aber auch bei starker Förderung des Landes: Die erheblichen Kosten der Sanierung der Burgmauer – und insbesondere die Folgekosten – müssen aus unserer Sicht noch einmal politisch bewertet werden.

### **Soziales/Inklusion**

Eine aktive Beteiligung von BürgerInnen – insbesondere von betroffenen Gruppen – hätten wir uns auch gerade für den Inklusionsprozess gewünscht. Wir haben das immer wieder angemahnt.

Dass die Inklusions-Kommission, unter Vorsitz der SPD, nicht-öffentlich tagt, ist lächerlich. Mit dem Wechsel des begleitenden Instituts ist zumindest etwas Hoffnung verbunden, dass die Hennefer Inklusion dann doch noch den Weg zur UN-Behindertenrechtskonvention findet.

48 % der älteren Menschen müssen in Deutschland mit einer Rente von unter 800 Euro auskommen.

### **Armut macht krank. Und Krankheit macht arm.**

Vereinsamungen führen häufig zu gesundheitlichen Folgen und sind eine Gefahr. Wir begrüßen es, dass sich die Stabsstelle Inklusion/Älterwerden bald um diese Menschen kümmern wird.

### **Ausgrenzung des Bürgers/Politik schwächen**

Die systematische Ausgrenzung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger findet sich auch da wieder, wo politische Ausschüsse gestrichen und dafür Arbeitskreise eingerichtet werden. So entsteht eine politisch schwer durchschaubare Gemengelage, bei der die Verwaltung selber schon den Durchblick verliert. Es kann aber auch nicht sein, dass die politischen VertreterInnen nun die Arbeit der Verwaltung erledigen. Wir kritisieren diese neue Zielrichtung, weil keine verbindlichen Ergebnisse erzielt werden und weil die Arbeitskreise an der Öffentlichkeit vorbei beraten.

*Der verstorbene Dieter Hildebrandt hat einmal gesagt: „Politiker muss man nicht achten, man muss auf sie achten.“*

### **Wohnen**

Dies betrifft insbesondere die neu eingerichteten Arbeitskreise zum Verkehr und zum Wohnen. Dass das Thema Wohnen nunmehr im Arbeitskreis verschwindet und erst einmal einer grundsätzlichen Betrachtungsweise unterzogen wird, hilft den Menschen wenig, die in Wohnungsnotsituationen sind bzw. die die steigenden Mieten nicht oder kaum mehr zahlen können. Gerade hier haben die etablierten Parteien seit Jahrzehnten versagt.

*Es gilt: **Ein Recht auf Wohnraum** und nicht der Leitsatz der Konservativen: **Jeder ist seines Glückes Schmied.***

Sehr geehrte Damen und Herren,

## **Grundgesetz**

in der letzten Ratssitzung habe ich den BM, die Verwaltung und Sie gefragt, wie wir die 70-Jahr-Feier des GG im kommenden Jahr angemessen gestalten könnten. Ich fasse Ihre damaligen Antworten, Anregungen und Ideen mal zusammen: (...)

Das geht so nicht! Die neuen Nazis sitzen im Bundestag und mittlerweile in allen Landesparlamenten. Schweigen Sie bitte nicht weiter! Wir sind dringend gefragt, Stellung zu beziehen, Perspektiven zu eröffnen und das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen! Wir müssen den neuen Nazis aktiv unser Demokratieverständnis entgegensetzen. Ich bin erschrocken über das Gefasel der Konservativen über Patriotismus.

Es ist Ihr Blackrock-Manager Merz und vielleicht Ihr zukünftiger CDU-Kanzler, der Ihnen unterstellt: *„Sie haben die AfD erst groß gemacht und dies mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen“*.

## **Resolutionen**

Wir haben zwei Resolutionen in den Rat einbringen wollen, die mit deutlicher Mehrheit verhindert wurden. „Gegen die Abschiebung nach Afghanistan“ und „Hambacher Wald retten – Kohle stoppen“.

*„Den Hambacher Forst liegt nicht in Hennef.“* (Zitat des BM im Rat).

Gleich verabschieden wir eine Resolution gegen die Verlängerung der Nachtflugerlaubnis – im Übrigen, der Flughafen liegt nicht in Hennef.

## **Freiheitsrechte verteidigen**

Im Rahmen unserer 10-Jahres-Jubiläums- Veranstaltung haben wir uns am Tag des Grundgesetzes mit der Erinnerung an das 50jährige Jubiläum der 68er Bewegung und an die Gefahr der Einschränkung von Freiheitsrechten befasst. Menschen, hier in Hennef und in allen Ländern, dürfen sozial nicht entrechtet werden. Solidarität und Zivilcourage sind für unsere demokratische Grundordnung unabdingbar.

Die Konservativen und Kapitalisten sind für die soziale Spaltung und für den Unfrieden – und auch für das Auseinanderfallen der Europäischen Union – verantwortlich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Hennef wird zur Stadt der 100 Millionen Euro Schulden**, und die EinwohnerInnen haben immer weniger von dieser Stadt. Materiell wie auch ideell. Die CDU mit ihrer Verwaltung dümpelt vor sich hin, führungs-, orientierungs-, und ideenlos. Dass die sog. Hennefpartei immer noch an einem digitalen Parkleitsystem (100.000 Euro) bei dieser Kassenlage festhält, ist der reinste Hohn.

Im Ergebnis können wir feststellen, dass das traditionelle Hennef nicht bewahrt bleibt und ein lebenswerter Fortschritt nicht erkennbar ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Wir lehnen den Haushalt für 2019 ab. Er trägt ein zu hohes Risiko. Nämlich die CDU.**